

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 10,40.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 5 M.,
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Zum elften Gewerkschaftskongress.

Der Kongress wird am 19. Juni im Saalbau des Zoologischen Gartens in Leipzig eröffnet. Sein Arbeitsprogramm haben wir bereits in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ angezeigt. Seine Verhandlungen werden nicht nur in der deutschen, sondern in der gesamten Arbeiterwelt größte Beachtung finden; vornehmlich werden die Augen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in diesen Tagen nach Leipzig gerichtet sein. Deutschlands Gewerkschaftsbewegung ist die umfassendste und stärkste; sie ist anders und fester gefügt als die aller übrigen Länder, und auch ihr Einfluß ist größer. Sie zeigt daneben eine weit größere Einheitlichkeit und Geschlossenheit als die Gewerkschaftsbewegung anderer Länder; die parteipolitische Zerissenheit hat in Deutschland nur einzelnen Verbänden einigen Abbruch getan, im großen ganzen hat die Gewerkschaftsbewegung ihre Geschlossenheit zu wahren gemußt, und es ist nur dringend zu wünschen, daß ihr das auch für alle Zukunft gelingen möge.

Wenn die Tagesordnung des Kongresses diesmal besonders wichtige Punkte enthält, so erklärt sich das zum Teil aus den Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen, in die wir infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen hineingeraten sind. Die zahlreichen Anträge zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten entspringen der allgemein vorhandenen Unzufriedenheit über die auf fast allen Gebieten herrschende Miswirtschaft. Diese Unzufriedenheit überträgt sich zwar unberechtigtweise auch auf die Gewerkschaften, um so mehr als die infolge der Spaltung geschwächte politische Arbeiterbewegung an Einfluß verloren hat und weite Kreise jetzt Hilfe allein von den Gewerkschaften erhoffen, denen man außer den vielen, ihnen ohne weiteres zufallenden Aufgaben auch solche überträgt, die ihnen früher von der politischen Arbeiterbewegung oft genug freitrag gemacht worden sind. Heute ist die Gewerkschaftsbewegung in der Tat zum Brennpunkt der Arbeiterklassenbewegung geworden, daher ist auch das Interesse an ihr weit größer als je vorher.

Die allgemeine Unzufriedenheit wird sich auf dem Kongress schon bei der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes entladen, wie sich aus den vielen Anträgen und Forderungen zu diesem Punkte schließen läßt. Der Kongress wird sie alle sorgsam zu prüfen haben. Das wird ihm weniger schwer fallen, als es sich durchweg nicht um neue Forderungen handelt, sondern meist um solche, die bekannt und während der letzten Zeit wiederholt erhoben worden sind. Wenn ihre Durchführung nicht mit der von vielen Seiten gewünschten Energie hat in Angriff genommen oder verwirklicht werden können, so lassen sich dafür sicherlich gute Gründe anführen. Der Bundesvorstand wird unsern Grachten nach sehr wohl in der Lage sein, nachzuweisen, daß die Ursache der ungenügenden Verfolgung der von dem Bund aufgestellten Forderungen nicht im Mangel an gutem Willen bei ihm selbst liegt, sondern daß dabei doch eine Anzahl von Faktoren in Betracht kommt, die gemeinhin nicht in Rechnung gestellt werden; ganz abgesehen davon, daß in jedem Falle eingehend zu untersuchen wäre, wie weit die gewerkschaftliche Macht reicht und wo sie ihre Grenzen findet. Es ist auch unbillig, für Situationen, deren Entstehung und Verschärfung nicht zuletzt dem geschwächten Einfluß der politischen Arbeiterbewegung zuzuschreiben ist, allein die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Die Lehre aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist ganz fraglos die, daß mit dem Steigen der gewerkschaftlichen Macht einhergehen muß eine Steigerung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse. Voraussetzung dafür ist jedoch in erster Linie eine Stärkung und möglichste Vereinhaltung der politischen Arbeiterbewegung. Ueber dem

Streben nach größerer Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte sollte nicht vergessen werden die zwingende Notwendigkeit einer Einigung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiete. Davon würde nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung unendlichen Vorteil haben. Die Stoßkraft beider Bewegungen würde dadurch wesentlich erstarren, und zugleich wäre die Möglichkeit der Durchführung von Forderungen, wie die vom Bund aufgestellten näher gerückt.

Ueber den Punkt „Betriebsräte und Gewerkschaften“ dürfte es im Grunde genommen auf dem Kongress starke Meinungsverschiedenheiten kaum geben. Soweit das Streben darauf gerichtet ist, den Artikel 185 der Reichsverfassung nun baldmöglichst in vollem Ausmaß zur Ausführung zu bringen, den Arbeitern endlich die volle Gleichberechtigung in der Wirtschaft einzuräumen, wird es der Kongress auf das nachdrücklichste unterstützen müssen. Auch die Anregungen auf bessere Schulung und Bildung der Betriebsräte werden auf dem Kongress lebhaften Widerhall finden. Daß das Betriebsrätegesetz bei weitem nicht den Ansprüchen genügt, die die Arbeiterschaft an ein solches Gesetz stellt, und daß daher seine weitere Ausgestaltung unverzüglich in Angriff genommen werden muß, auch darin wird sich der Kongress völlig einig sein. Daran wird festgehalten werden müssen, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben nur im engen Einvernehmen mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zu lösen haben.

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen wird es wahrscheinlich bei der Behandlung des Punktes „Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ kommen. Daß das Referat hierüber Fritz Tarnow, dem Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, übertragen worden ist, scheint uns ein Zeichen dafür, daß das energische Drängen der „Gewerkschaftsimperialisten“ im Bundesvorstand so wenig als im Bundesauschuß im vollen Umfange gebilligt oder unterstützt wird. Bezeichnend ist, daß die Anträge auf Zusammenschluß zu Industrieverbänden überwiegend von diesen selbst ausgehen, nicht von den Berufsverbänden.

Danach scheint bei den Berufsverbänden ein Bedürfnis dafür bisher nicht fühlbar geworden zu sein. Wer die Erfahrungen im Gewerkschaftsleben der letzten Jahre vorurteillos würdigt, wird diesen Standpunkt der Berufsverbände verstehen, ohne dabei zu leugnen, daß die Entwicklung der Gewerkschaften sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden vollzieht. Fraglich ist nur, ob man das Tempo der Entwicklung diese selbst bestimmen läßt, oder es, gleichviel wie, beschleunigen soll. Wir halten dafür, daß eine Beschleunigung solcher Art, wie sie in zahlreichen Anträgen an den Kongress zum Ausdruck kommt, für die Gewerkschaften von Schaden sein würde. Wir stehen aber auch nicht an, offen auszusprechen, daß die bestehenden Industrieverbände den Nachweis größerer Leistungsfähigkeit, stärkerer Schlagkraft, besserer Erfolge als die Berufsverbände bis heute nicht erbracht haben. Darin soll nicht ein Vorwurf liegen, es erklärt sich das vielmehr aus der Zusammensetzung der Industrieverbände, die als Organisationen zahlreicher Berufsstände nicht eine gewerkschaftliche Kampfeinheit bilden wie ein Berufsverband, auf der andern Seite hingegen aber eine einheitliche Angriffsfläche für Arbeitgeberverbände bieten. Das erschwert die Position des Industrieverbandes in außerordentlichem Maße, nötigt ihn zu weit größerer Vorsicht und Zurückhaltung als den Berufsverband, läßt ihn oft kämpfen mit dem Unternehmertum, die der Berufsverband ohne große Ueberlegung aufnehmen und durchführen kann, ausweichen, um nicht wegen eines Konfliktes innerhalb eines Berufes oder einer Branche den Gesamtverband in Gefahr zu bringen. Die Geschichte des Deutschen

Metallarbeiterverbandes — der bis heute vollkommensten Industrieorganisation — liefert dafür Beispiele in genügender Zahl. Die geringere Aktionsfähigkeit wird bei einzelnen Industrieorganisationen auch noch dadurch verschuldet, daß sie nicht von vornherein auf die Schaffung ausreichender Widerstandsfonds Wert gelegt, ihre Mitglieder zu lange an niedrige Beiträge gewöhnt und dadurch, vereinzelt wenigstens, auch noch Mitgliederfang betrieben haben, um mit möglichst großen Beständen auftreten zu können. Wenn deshalb gerade innerhalb der Industrierverbände die Unzufriedenheit über ihre vermeintlich unzulängliche gewerkschaftliche Tätigkeit besonders groß ist, so ist das zu verstehen. Nur sollten die Ursachen rücksichtslos bloßgelegt und tunlichst abgestellt werden, anstatt neuen, noch viel schwerer lösbaren Problemen nachzueifern, durch die neue, ungleich größere, zurzeit gar nicht übersichtbare Schwierigkeiten heraufbeschworen werden. Wir können, nachdem erst vor 4 Wochen die Organisationsform der Gewerkschaften auf unserm 22. Verbandstag in Wernigerode Gegenstand sehr eingehender Beratung gewesen ist und der Verbandstag seinen Standpunkt klar und eindeutig festgelegt hat, es unterlassen, hier die ganze Frage von neuem aufzurollen. Der Kongress wird nicht umhin können, bei seiner Entscheidung über diese Frage die historische Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsform zu berücksichtigen, er wird deshalb auch den vom Fabrikarbeiterverband ausgehenden Bestrebungen auf Schaffung einheitlicher Betriebsorganisationen eine Absage erteilen müssen, wie er auch den Forderungen auf Zusammenschluß zu Industrieverbänden durch die Verhältnisse selbst gezogene Grenzen zu stecken haben wird. Vor allen Dingen aber wird er im Interesse der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung jeden zwangsläufigen Eingriff in die Gestaltung der Organisationsform vermeiden müssen. Daß unser Zentralverband einer größeren Einheitlichkeit der Gewerkschaften sich keineswegs widersetzt, sondern sie befürwortet, dafür legt die von unserm 22. Verbandstag zum „Baugewerksbund“ gefasste Entschließung Zeugnis ab, die in ihrem Abschnitt III wie folgt lautet:

„Der 22. Verbandstag der Zimmerer Deutschlands bekennt sich zur Einheitsorganisation aller deutschen Gewerkschaften; er ist bereit, den Ausbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in dieser Richtung fördern zu helfen. Soweit sich aus der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung und in Uebereinstimmung der Interessen ein Zusammengehen einzelner Berufsgruppen zu Industrieverbänden zwanglos ergibt, ist dieser Weg zu beschreiten. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird ein Zusammenschluß von an sich starken und leistungsfähigen Berufsverbänden zu einem Industrieverband nicht zu größerer Entfaltung, sondern zur Lähmung gewerkschaftlicher Kräfte führen. Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird es sein müssen, im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung jeden Zwang auf einzelne Gewerkschaften abzuwehren.“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß sein ein Bund freier, gleichberechtigter Glieder. Sein Ausbau zur wahren Einheitsorganisation kann nicht durch Zwangsbeschlüsse herbeigeführt werden, sondern sich nur im Wege organischer Entwicklung vollziehen. Die deutschen Gewerkschaften werden unter möglichster Wahrung ihrer Eigenart und in Rücksicht auf geschichtlich gewordene und geistige Zusammenhänge aus freier Entschluß zu einer allmählichen Angleichung ihrer formalen, organisatorischen und materiellen Einrichtungen, insbesondere auch ihrer Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen kommen.

Für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben, sowohl rein gewerkschaftlicher wie allgemein wirtschaftlicher Art, werden die beteiligten Verbände Arbeitsgemeinschaften bilden, die je nach der gestellten Aufgabe in ihrer Zusammensetzung wechseln.

Die neue Zeit hat den Gewerkschaften die Mitwirkung an Aufgaben ermöglicht, die über den Rahmen der bisherigen Gewerkschaftsarbeiten hinausgehen, deren Erfüllung aber im gemeinsamen Interesse aller Gewerkschaften liegt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Vertretung der Gesamtheit der Gewerkschaften ist besonders dazu berufen, diesen erweiterten Aufgabekreis auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Gesetz-

gebung zu übernehmen. So wird der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund...

Die vom Bundesausschuß beantragten „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben“...

Bei dem Punkt „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ werden die Gegner der Arbeitsgemeinschaften auf den Plan treten. Ob es sich empfiehlt, dem Kongress die Entscheidung über die Mitwirkung der einzelnen Gewerkschaften an den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften zu übertragen...

„Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland“ wird Professor Einzheimer, Frankfurt a. M., behandeln. Der Kongress wird Gelegenheit nehmen müssen, auch hierzu seinen Standpunkt zu präzisieren. Die bisher bekanntgewordenen, ein neues Arbeitsrecht anbahnenden Gesetzesentwürfe zeigen nur zu deutlich, daß noch längst nicht mit jener alten Rechtsauffassung aus der vornovemberlichen Zeit gebrochen ist, und daß es des energischen Kampfes der gesamten Arbeiterschaft bedarf...

Soweit die wesentlichsten Punkte der Tagesordnung des Kongresses. Mögen seine Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen und seine Beschlüsse so ausfallen, daß die Einheitslichkeit der deutschen Gewerkschaften noch mehr gefestigt wird...

Der Stand der Reparationsfrage.

Das positive Ergebnis der Reparationsverhandlungen der letzten Wochen vor, in und nach Genäva, insbesondere die Pariser Vereinbarungen zwischen dem deutschen Finanzminister und der Reparationskommission, darf wohl darin erblickt werden, daß nunmehr der bereits in Cannes vorläufig zugestandene Abbau der deutschen Reparationslast für das Jahr 1922 definitiv geworden ist...

100 Milliarden aufzubringen. Daß das Großkapital und die Hochfinanz sich aber mit allen Mitteln gegen jede Heranziehung zur Deckung dieser Lasten sträuben, zeigt der Kampf, der bereits jetzt gegen die Durchführung der Zwangsanleihe...

Unsere statistischen Feststellungen vom 27. Mai 1922.

918 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 98788 nachgewiesen, darunter 9389 Lehrlinge. Arbeitslos waren 212 oder 0,21 % und krank 1004 oder 1,02 %.

Table with 6 columns: Provingen und Freistaaten, Zahlstellen, Mitglieder, Lehrlinge, arbeitslos, krank. Rows list various German states and provinces.

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 29. April hat sich die Arbeitslosenziffer von 0,51 % auf 0,21 %, die Krankenziffer von 1,22 % auf 1,02 % verringert.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen (die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern [*] kenntlich gemacht):

- Brandenburg: Biesenthal, Bippenhne, Luckau, Neuwedel, Regenthin, Vieh, Züllichau.
Pommern: Friedrichswalde, Garz a. d. O., Grefenhagen, Stolp, Swinemünde.
Schlesien: Falkenberg, Oppeln, Rosenberg.
Provinz Sachsen: Derenburg, Egeln, Elsterwerda, Kelbra, Müldenberg, Neuwegerleben, Seehausen.
Schleswig-Holstein: Kappeln, Bed, Melbock, Trittau.
Hannover: Aurich, Wasbeck-Osten, Bullenhäusen, Dannenberg, D्रोchterfen, Ebstorf, Giffhorn, Herzberg, Wittlingen.
Westfalen: Gronau, *Rehmet.
Hessen-Nassau: Bad Orb, Idstein, Marburg, Schmalkalden.
Rheinland: Neuwied, *Wehlar.
Bayern: *Nchaffenburg, Bad Reichenhall, Bad Tölz, Burghausen, Gaussham, Memmingen, Selb, Weikheim.
Rheinpfalz: Grdesbach.
Württemberg: Crailsheim, Geislingen, Heidenheim, Nürtingen, Schwemningen, Taillfingen, Tübingen, Wildbad.
Baden: Freiburg, Bad.
Hessen: Schliß.
Sachsen-Weimar: Baha.

Oldenburg: Jever, *Oldenburg.
Schwarzburg-Rudolstadt: Bad Blankenburg.
Waldeck: Bad Wildungen.

Das Ergebnis für den 29. April 1922 stellt sich, nachdem noch 86 Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt: In 918 Zahlstellen mit zusammen 98702 Mitgliedern, darunter 9321 Lehrlingen, waren 528 arbeitslos und 1169 krank. Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 24. Juni.

Das Existenzminimum im Mai.

Von Dr. H. Rucghnski.

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um annähernd ein Zehntel gestiegen. In Groß-Berlin kostete im Mai rationiertes Brot 81 mal soviel als vor 8 Jahren, Gas 84 mal soviel, Milch 88 mal soviel, Margarine 44 mal soviel, Breklets 52 mal soviel, Brot im freien Handel 53 mal soviel, Reis 57 mal soviel, Zucker 58 mal soviel, Kartoffeln 90 mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den eines Mannes auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 88 M., für eine Frau auf 131 M., für einen Mann auf 177 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Mai 1914 für ein Kind 1,48 M., für eine Frau 2,96 M., für einen Mann 3,81 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 8 Jahren billiger, weil zum Beispiel billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

Table comparing prices for various food items between May 1922 and May 1914. Items include flour, wheat, rye, potatoes, margarine, etc.

Berechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Bentner Breklets und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 14 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 60,25 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 25,80 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 100 M. (2,50 M.), Frau 67 M. (1,66 M.), Kind 33 M. (0,85 M.).

Das wöchentliche Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table showing the cost of living minimum in Berlin for different household types (single man, couple, family) across various months from 1922 back to 1914.

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Mai 1922 für einen alleinlebenden Mann 80 M., für ein kinderloses Ehepaar 123 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 166 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 25 150 M., für das kinderlose Ehepaar 88 400 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 51 900 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Mai 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 483 M., das heißt auf das 28,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 736 M., das heißt auf das 33,0fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 20,80 auf 995 M., das heißt auf das 47,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 8 S. wert.

Reichsverbandes der deutschen Industrie und außer Hugo Stinnes auch der Reichspräsident Ebert eine Rede gehalten.

Diese Charakteristik erweckt den falschen Schein, als sei Regien ein einseitiger Anwalt des Wirtschaftsfriedens gewesen und nicht mehr.

Die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes hat zwei Dampfern, die sie in den letzten Jahren baute, die Namen „Hindenburg“ und „Ludendorff“ gegeben.

Der Vorsitzende des ersten Internationalen Gewerkschaftsbundes stand im Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Arbeiterklasse.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände am Schluß des 1. Quartals 1922.

Table with 4 columns: Beruf, Männlich, Weiblich, Zusammen. Lists various professions like Spalteure, Bäcker, Bauarbeiter, etc.

Summary table with 4 columns: Quart. 1922: Ga., IV. 1921, III., II., I. showing membership numbers.

* Die Quartalszahlen sind als vorläufige anzusehen. 1 Zahlen vom 1. Quartal 1921. 2 Zahlen vom 2. Quartal 1921. 3 Zahlen vom 3. Quartal 1921. 4 Zahlen vom 4. Quartal 1921.

Der Verbandstag des deutschen Bauarbeiterverbandes. Am 7. Mai wurde im Volkshaus zu Leipzig der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes eröffnet.

Am Mittwoch stand die Bildung des Baugewerksbundes auf der Tagesordnung. Kaeplow als Referent gab zunächst eine Uebersicht über seine Bemühungen, den Bund zustande zu bringen.

Donnerstag, 11. Mai, tagte der Verbandstag in Altenburg. Der ganze Tag war dem Abschluß des Reichsarbeitsvertrages gewidmet.

Freitag, 12. Mai, tagte der Verbandstag wieder in Leipzig. Es war ganz erklärlich, daß die Vorgänge am Mittwoch eine Auseinandersetzung bringen mußten.

Am letzten Sitzungstage mußte sich der Verbandstag nochmals mit der Demonstration beschäftigen, weil ein Antrag auf Ausschluß der Verbandstagsdelegierten, die sich daran beteiligt hatten, vorlag.

k. Aununter Verbandstag der Steinarbeiter. Der Verbandstag erledigte seine Arbeiten in der Woche vom 22. bis 27. Mai im Leipziger Gewerkschaftshaus.

Bei den Begrüßungsreden gedachte der Verbandsvorsitzende Windler mit ehrenden Worten des im vorigen Jahre verstorbenen Verbandsvorsitzenden Staudinger, dessen Hinscheiden einen schweren Verlust für den Verband bedeutete.

Den Kassenerbericht erstattete Geiff. Obgleich die Beiträge seit dem 1. Januar erhöht sind, ist das Gleichgewicht gegenüber den erhöhten Ausgaben noch nicht wiederhergestellt.

Der Tarifbezerrnent Wunderlich vom Zentralvorstand ging in langen sachlichen Ausführungen auf die einzelnen Tarifbewegungen, auf den Charakter des Tarifstrebens und mit ihm in Zusammenhang stehenden Punkten ein.

Neben der Opposition traten aber auch Redner auf, die abgesehen von auch von ihnen vorgebrachten Einzelwünschen und Ausstellungen, betonten, daß der Verbandsvorstand, soweit es in seinen Kräften stand, das Beste für die Kollegen herausgeholt habe.

Dem Gesamtvorstand wurde gegen 2 Stimmen Entlastung erteilt. Ein Antrag, bei der Zusammenstellung des Vorstandes die politische Gesinnung zu berücksichtigen, wurde einstimmig abgelehnt.

Zum Tarifwesen wurde eine Resolution sowie eine Reihe von Anträgen angenommen beziehungsweise zur Berücksichtigung überwiesen, die die Vorschläge zur Verbesserung der Tarifpolitik und der Schlichtungsordnung enthielten.

Zur Redaktionsfrage wurde beschlossen, daß das Fachblatt sich mit politischen „Stänkerien“ nicht befassen sollte; 2 Anträge, den Druck des „Steinarbeiters“ aus der „Leipziger freien Presse“ herauszunehmen und der „Leipziger Volkszeitung“ zuzuführen, wurden in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Dann ging der Verbandstag an die Entscheidung der Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund heran. Der Vorstand empfahl einmütig, von einer Verschmelzung Abstand zu nehmen.

In einem anderthalbstündigen Referat behandelte Redakteur Siebold „Die Lage der Steinindustrie“ und „Die Berufsgesahren der Steinarbeiter“.

Als letzte Arbeiten wurden Beratung des Statuts, Wahlen usw. erledigt. Gewünscht wurde fast mit Einstimmigkeit der alte Vorstand einschließlich des Redakteurs.

Seidel, Dresden, der Sprecher der Statutenberatungskommission empfahl in ihrem Namen die Anträge des Vorstandes mit einigen Änderungen zur Annahme, und der Verbandstag beschloß demgemäß. Die Beitragsklassen werden dadurch um 3 vermehrt, so daß auch der Lohn getroffen wird, der über den jetzt festgelegten Stundenlohn hinausgeht.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. Das Frühjahr hat eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes in der ganzen Welt mit sich gebracht. Der Beschäftigungsgrad ist teils infolge der Belebung der Produktion, die durch eine Hungertur auf Kosten der Arbeiterschaft endlich erfolgen mußte, teils durch Notarbeiten und staatliche Bestellungen ziemlich wesentlich gewachsen.

Der französische Berichterstatter des „Economist“ schätzt die Verwittungen durch die Arbeitslosigkeit mit folgenden Ziffern ein: „Gegenwärtig gibt es in der Welt 10 Millionen Arbeitslose, davon 4 Millionen in Europa. Mittelbar durch Kurzarbeit und andere Unregelmäßigkeiten leiden noch 12 Millionen Arbeiter in Europa und 30 Millionen in der ganzen Welt. Die ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1921 werden für die ganze Welt auf 12 Milliarden Goldfranc geschätzt.

In der Reihe der Siegerstaaten und Neutralen hat Frankreich, was die Arbeitslosigkeit betrifft, besonders gut abgeschnitten. In der ersten Hälfte 1921 betrug zwar die Zahl der Arbeitslosen noch monatlich 80 bis 90 000, eine im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit in andern Staaten geringe Zahl. Seit Oktober 1921 jedoch besteht kaum mehr eine namhafte Arbeitslosigkeit in diesem Lande; im April 1922 waren es nur 6354 unterstützte Arbeitslose.

Auf Grund ihrer Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ hat die „Labour Party“ (Arbeiterpartei) dem englischen Unterhaus einen Gesetzentwurf unterbreitet, der jedoch mit 172 gegen 82 Stimmen abgelehnt wurde. Der Vorschlag hat sich zum Ziel gesetzt, die Gesamtnachfrage nach Arbeit zu regeln und auf einem mehr oder minder gleichen Stand zu halten. Die Regierung soll zu Zeiten der Arbeitslosigkeit entsprechend größere Bestellungen machen, die zu Zeiten der abnehmenden Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden.

Zu Gegenstand dieser verfehlten englischen Politik sehen wir das kleine Oesterreich, wo der Arbeiterkampf in der Ausgestaltung der Wirtschaft und Sozialpolitik eine entscheidende Rolle zufällt, eine kluge Vorsicht für die zu gewärtigende Arbeitslosigkeit entfallen. Für öffentliche Arbeiten sind 35 Milliarden Kronen bewilligt worden, außerdem ist ein vernünftiger Plan zur Durchführung der Notarbeiten im vordringlichen festgesetzt.

In Schweden, wo die Zahl der Arbeitslosen immer noch 150 000 beträgt, verschlechterte sich deren Lage sowohl bezüglich der Arbeitslosenunterstützung als auch der Notarbeiten. Die Löhne bei den Notarbeiten sind mit der Begründung, daß die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter unbedingt schlechter bezahlt werden müssen als in der Privatindustrie, um 15 bis 20 % herabgesetzt worden. Auf der andern Seite wird die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen durch drastische Maßnahmen vermindert; Frauen, selbst wenn sie eine Familie zu versorgen haben, männlichen Arbeitern, wenn sie allein stehen, wird die Unterstützung entzogen, damit im Rahmen der vom Parlament bewilligten Kredite wenigstens die übrigen Arbeitslosen unterstützt werden können.

Ein Engländer über die Einkommensverteilung in Deutschland. In der Londoner „Nation“ teilt ein Engländer, der die Verhältnisse in Deutschland längere Zeit an Ort und Stelle eingehend studiert hat, folgende zutreffende Beobachtungen über die Einkommensverteilung in Deutschland nach dem Kriege mit: Die arbeitende Klasse arbeitet in den Städten hart und unausgesetzt (bei nur geringer Arbeitslosigkeit) mit einem ungefähr um 20 % niedrigeren Reallohn als vor dem Kriege. Den Geschäftsinhabern geht es sehr gut. Die in freien Berufen stehenden, besonders Journalisten, Schauspieler, sind sehr übel daran, ebenso die öffentlichen Beamten und die Kleinrentner.

Bekanntmachungen

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatz- und Zuschußkasse in Hamburg.) Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Mai 1922 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Amuhle 130 M., Berlin I 5000, Berlin III 2000, Berlin V 2000, Berlin VI 3000, Berlin VII 5000, Berlin VIII 7000, Charlottenburg 1500, Cöpenick 2000, Dresden II 1000, Duisburg 1200, Düsseldorf 1000, Elstra 87, Flensburg 1000, Franenthal 1000, Friedrichshagen 2000, Järstenwalde 1000, Gera 500, Groß-Zimmern 500, Gudensberg 600, Hamburg II 1000, Hamburg IV 800, Hannover-Linden 300, Helmstedt 300, Kellinghusen 500, Königsmusterhausen 300, Leipzig 3000, Lübeck 700, Maßlisdorf 500, Memel 1000, Mitz 300, Münster i. W. 710,60, Neudöhlen 8000, Oldenburg 57, Oranienburg 3000, Osch 70,50, Pforzheim 1500, Röhla 483,40, Sachsig 700, Seiligenstadt 500, Steglitz 1000, Steinbeck 900, Waitenscheid 1000, Wernigerode 1000, Wiesbaden 1000, Wildbad 750, Wittenburg 1800. Summa 66 638,50 M.

Zuschuß erhielten vom 1. bis 31. Mai 1922 die örtlichen Verwaltungen: Alt-Dreiwitz 500 M., Augsburg 60, Berlin III 3000, Briel 400, Eberswalde 500, Gelsenkirchen 300, Göttingen 600, Gotha 1500, Groß-Dittersleben 400, Hamburg I 60, Hamburg II 1677, Hersfelde 240, Jülich 1000, Mannheim 1500, Nießky 2500, Pasewalk 800, Reutlingen 1000, Schödel 1200, Schwartau 600, Semb 500, Stargard 1000, Sulingen 300, Tüft 300, Verden 200, Wehrden 1300, Werder 1000, Wilhelmshaven 800, Wismar 300. Summa 23 587 M.

Sammlungsanzeiger.

- Montag, den 19. Juni: Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr in Nowawes bei Siemke, Wallstraße.
Dienstag, den 20. Juni: Elmshorn: Abends 8 Uhr. — Langensalza: Nachm. 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“.
Mittwoch, den 21. Juni: Naugard: Abends 8 Uhr bei Bädermeister Gabrecht, Greifendorfer Straße. — Oschersleben: Abends 7 1/2 Uhr bei Montag, Sackstr. 1.
Freitag, den 23. Juni: Bochum: Abends 6 1/2 Uhr bei Gust. Janzen, Marienstraße.
Sonnabend, den 24. Juni: Altona: Abends 8 Uhr im Lokale „Stadt Hamburg“. — Bergen b. Celle: Abends 8 Uhr in „Stadt Hannover“. — Duisburg, Bez. Wesel: Abends 8 Uhr im „Stadttheater“. — Friedland i. W.: Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“ bei Wienholz. — Gagenow: Eine halbe Stunde nach Feiersabend. — Göttingen a. d. N.: Abends 7 Uhr bei Ochs, Johannesstraße. — Heroldsberg: Abends 6 Uhr bei G. Busch, Freiheitstraße. — Jülich i. W.: — Naun: Bei W. Anton, Mittelstr. 5. — Stepenitz: Abends 8 Uhr bei Walter Fröhlich, Strandstraße. — Witten: Abends 6 Uhr bei Heinrich Röhmeier, Ardenstr. 104. — Wolfensbüttel: Abends 7 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“.
Sonntag, den 25. Juni: Arnswalde: Nachm. 8 Uhr im „Goldenen Löwen“, Mittelstr. 5. — Beckum: Vorm. 9 Uhr im Lokal von Kramp. — Bergen a. W.: Nachm. 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — Bitterfeld: Nachm. 3 Uhr in Reich im Gasthof „Zur Glode“. — Duisburg, Bezirk Steertrabe: Vorm. 10 Uhr im „Rheinischen Hof“. — Erkner: Nachm. 4 Uhr bei Grund, Königstr. 52. — Offen: Vorm. 10 Uhr in „Stadt Ebersfeld“, Steeler Straße, Alte Postallee. — Gelsenkirchen, Bezirk Wuer: Vorm. 10 Uhr bei Mahlow, Gagenstraße. — Gagen i. W.: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Gier Oberfelder- und Bergstraße. — Stadthagen: Nachm. 8 Uhr im „Schaumburger Hof“. — Treptow a. d. Toll.: Nachm. 4 Uhr bei Pohl, Brandenburger Straße 7.

Nachruf. Am 29. Mai starb nach eintägiger Krankheit unser werter Kamerad **Georg Kräutigam** im Alter von 87 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Bayreuth.

Nachruf. Am 30. Mai starb nach kurzer Krankheit unser Kamerad **Friedrich Sander** im Alter von 82 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Elmshorn.

Nachruf. Am 28. Mai starb an Magenleiden unser Kamerad **Josef Jakwert** im Alter von 50 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Reiche i. Schl.

Nachruf. Am 2. Juni starb an der Proletarierkrankheit unser Kamerad **Robert Pawa** (Bezirk Wilhelm) im Alter von 47 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Duisburg und Umg.

Nachruf. Am 4. Juni starb nach langer schwerer Krankheit unser Kamerad und Mitbegründer der Zahlstelle Kalkenkirchen **Peter Behrmann** im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlst. Kalkenkirchen (Holstein).

Nachruf. Am 31. Mai starb plötzlich unser lieber Kamerad **Gustav Kesterke** im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Regenwalde.

Mehrere Zimmerleute für dauernde Arbeit stellen ein **Gebr. Kiefer, Duisburg.**

6 bis 8 tüchtige Zimmergesellen sucht **H. Soschinski, Zimmermst., Neizen i. Hann.**

10 Zimmergesellen für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein **P. H. Jacobs, Baugeschäft u. Dampfsgewer, Süßz. i. W.**

Zimmerleute stellt ein **Held & Francke, A.-G., Erweiterungsbau: Gemeinschaftswerk Göttingen in Göttingen a. d. Ruhr.**

Tüchtige Zimmerleute stellt sofort ein **Otto Krasse, Zimmermeister, Welten i. d. Mark. — Vorort von Berlin.**

10 Zimmerleute zu sof. gesucht **Fr. Kahlmann, Zimmermeister, Süßz. i. Mecklenburg.**

Etliche Zimmerer sucht **B. Hofmann, Zimmerer, Oberbobritzsch i. Sachz.**

5 bis 6 Zimmerleute für dauernde Arbeit sofort gesucht. **F. Politz, Zimmerm., Gelse b. Marne i. G.**

6 Zimmergesellen für sofort gesucht. Unterlunft vorhanden. **Heinr. Bügelsack, Zimmerm., Schlausfeldt (Bez. Magd.)**

4 tüchtige Zimmerleute stellen ein für längere Arbeit. Berliner Lohngebiet. **Messer, Rhinow & Co., Dampfsgewer, Welten i. d. M.**

Zahlstelle Bitterfeld. Alle Kameraden, reisende wie hiesige, haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Kassierer **Franz Moring, Nordstr. 15,** zu melden. **Der Vorstand.**

Zahlstelle Freiburg i. Schlesien. Reisende Zimmerer haben sich, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden **Rich. Hanke, Sandstr. 5,** oder beim Schriftführer **Gerh. Scholz, Sandstr. 1,** in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr abends zu melden. **Der Vorstand.**